



"Russland auf der Suche nach seiner Rolle bei der Regelung des Nahostkonflikts"

Dr. Alexandr Schumilin

Zusammenfassung:

Eine wichtige Besonderheit der heutigen Weltpolitik besteht in der Tatsache, dass praktisch alle relevanten Ereignisse in der modernen Welt direkt oder indirekt auf die Nahostregion oder, genauer gesagt, auf den Großen Nahen Osten, der auch Zentralasien und den Südkaukasus umfasst, abfärben. Gerade dort konzentriert sich nämlich der Explosivstoff von nicht beigelegten Konflikten, verbunden mit dem Nährboden des islamistischen Terrorismus und den Gefahren der Nuklearwaffenverbreitung. Dieser Explosivstoff bedroht nicht nur die Energiesicherheit der USA und Europas, sondern auch das gesamte System der globalen militärstrategischen Balance. Russland will dabei seine Rolle bei der Regelung des Nahostkonflikts finden...

Zum Autor: Dr. Alexander SCHUMILIN, Leiter des Zentrums für Nahostkonfliktforschung am USA/Kanada-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften

Die Nahostkonflikte beeinflussen stark die heutige Weltpolitik. Nehmen wir beispielsweise die jüngsten Nuklearwaffentests in Nordkorea: Unter ihrem Einfluss verschieben sich die strategischen Analysen in Moskau, Washington und Brüssel sofort in Richtung Iran. Was soll man tun, falls auch der von Mullahs regierte Iran mit Hilfe ähnlicher Tests seine Macht behaupten würde?

Während im Falle Nordkoreas noch der Mechanismus der sechsseitigen Verhandlungen mit recht hoher Konsenswahrscheinlichkeit funktioniert, sieht die Situation um den Iran leider anders aus: Die Großmächte haben keine abgestimmte Strategie zur Lösung des Iran-Problems. Die taktischen Differenzen zwischen Europa und den USA – auch unter Barak Obama – einerseits und Russland andererseits bleiben vorläufig recht groß, was den heutigen radikalen iranischen Führern zweifelsohne ein Feld für politische Manöver frei lässt. Es sei vermerkt, dass die genannten Global Player strategisch darin einig sind, dass der Iran nicht in den Besitz von Atomwaffen kommen dürfe – ein Teil der politischen Elite Russlands ist davon aufrichtig überzeugt!

Die gewohnte Konstellation sieht aber so aus: Russland appelliert an die westlichen Partner, weder die atomare Gefahr aus dem Iran überzubetonen noch auf das Sanktionspedal zu treten, weil dies lediglich die Positionen der Radikalen in Teheran stärken. Die USA und die EU aber wollen in ihrem "kritischen Dialog" mit Teheran konsequent bleiben: Würde dieser

Dialog durch Verschulden der iranischen Seite abreißen, so würden die angekündigten Sanktionen in Kraft treten. Dabei geht es nicht nur um Sanktionen, auch militärisches Vorgehen ist nicht auszuschließen.

Die Großmächte sind sich auch darin einig, dass das Nuklearprogramm nur eine der Gefahren ist, die von der gegenwärtigen iranischen Führung ausgeht. Eine andere Gefahr ist die offene Unterstützung radikaler und extremistischer Organisationen (vor allem der palästinensischen Hamas und der libanesischen Hisbollah), die die militärischen Spannungen in der Region schüren, durch Teheran. In bezug auf diese Gefahr gibt es aber auch deutliche taktische Differenzen: Russland ruft nach wie vor zur Geduld und Zurückhaltung auf, wenn es um die Einschätzung der Aktionen der genannten Satelliten des Irans geht, es betont, dass man hier die diplomatischen Mittel bevorzugen solle. Die USA und die EU stehen dem skeptisch gegenüber und halten Boykott- und Sanktionsmethoden für effektiver. Diese Differenzen kamen während des jüngsten Besuchs des russischen Außenministers Sergej Lawrow in Damaskus deutlich zum Ausdruck, wo er sich unter anderem auch mit dem Hamas-Führer Khaled Mashaal traf und ihn zur geplanten Moskauer Nahostkonferenz einlud, nämlich als Mitglied einer einheitlichen palästinensischen Delegation, also zusammen mit Mashaals "altem Freund", dem offiziellen Führer der Palästinensischen Autonomie, Mahmud Abbas. Jedermann ist klar, dass es in absehbarer Perspektive nicht dazu kommen kann. Gegen eine solche Zusammensetzung der palästinensischen Delegation wenden sich sowohl Mahmud Abbas selbst als auch die Regierung Israels, die Abbas' Verhandlungspartner ist. Darauf verwies bei seinem jüngsten Moskau-Besuch der israelische Außenminister Avigdor Lieberman.

In der Tat: Da es immer offensichtlicher wird, dass der Iran die Hauptquelle der Spannungen in der Region ist (sowohl im Sinne der zunehmenden nuklearen Bedrohung als auch im Sinne der Unterstützung der Radikalen und Extremisten), wäre es denn vernünftig, eine Friedenskonferenz zu planen, an welcher seine Satelliten teilnehmen sollen, er selbst jedoch nicht? Weder die USA noch Israel sind jedoch bereit, Direktverhandlungen mit dem Iran zu führen.

Die Durchführung der erwähnten Nahostkonferenz in Moskau wurde aber schon zu einem obligaten Punkt auf der Agenda des russischen Außenministeriums. Mehr noch: Dieser Ansatz ist nun eine wichtige Besonderheit der gegenwärtigen russischen Außenpolitik im Ganzen und der russischen Nahostpolitik im Besonderen. Obwohl diese Idee durch die involvierten internationalen Strukturen (die UNO und das Nahostquartett) unterstützt wird, werden die Konferenztermine schon seit Jahren immer wieder hinausgeschoben. Heute sagt das russische Außenministerium, sie werde "bis Ende 2009" stattfinden.

Es wäre hier angebracht, kurz die Geschichte dieser Frage zu rekapitulieren. Als erster brachte 2005 der damalige russische Staatspräsident Wladimir Putin die Idee vor, die wichtigsten Nahost- und Weltakteure in der russischen Hauptstadt zu versammeln. Dann griff die Bush-Administration diese Idee auf, indem sie im November 2007 im amerikanischen Annapolis eine ähnliche Veranstaltung durchführte, was die angekündigte Moskauer Konferenz nicht ersetzte, jedoch ihren Status änderte: Es war keine rein russische Idee mehr, sondern es handelte sich nunmehr um eine "Fortsetzung von Annapolis". Wichtig ist jedoch, dass sich in der Situation um das Forum herum praktisch der gesamte Komplex der Probleme, die die Politik Russlands im Nahen Osten prägen, widerspiegelt.

Das deklarierte Ziel der Konferenz besteht darin, zur Fortsetzung des Friedensprozesses vor allem zwischen Israel und Palästina sowie an anderen Fronten, nämlich an der syrisch-israelischen und der libanesisch-israelischen, beizutragen. Eine solche Erweiterung der Agenda unterscheidet das Moskauer Forum von der Konferenz in Annapolis, die vor allem dem palästinensisch-israelischen Problembereich galt. Es gibt jedoch auch ein nicht erklärtes Ziel, nämlich die politischen Positionen Russlands in der Nahostregion und auch in der ganzen Welt zu stärken. Die beiden Ziele, das erklärte und das nicht erklärte, sind verständlich, pragmatisch und begrüßenswert, würde es sich um eine Absicht und eine Bereitschaft konk-

rete Ergebnisse zu erzielen handeln und nicht allein um Effekthascherei. Indessen muss man feststellen, dass Schritte, die vor allem auf äußere Effekte abzielen, leider immer noch zum Werkzeugkasten der russischen Diplomatie gehören.

In diesem Zusammenhang ergibt sich folgende wichtige Frage: Konzipiert Moskau diese Konferenz als wirksames Instrument der Nahostregelung oder eher als Mittel zur verstärkten globalen Positionierung Russlands "über den Nahen Osten"? Die typische Antwort eines Beamten des russischen Auswärtigen Amtes würde etwa so lauten: Die Konferenz solle gewiss den Prozess der Nahostregelung (in allen Richtungen) ankurbeln, was das Weltklima im ganzen verbessern und dadurch günstigere Voraussetzungen für die "friedliebende Außenpolitik Russlands" schaffen würde. Einer solchen Einschätzung könnte man insgesamt zustimmen, obgleich man auch einige relevante Nuancen in Betracht ziehen sollte.

Diese Idee wurde von Wladimir Putin beispielsweise ausgerechnet im Jahr 2005 vorgeschlagen. Es war eben jenes Jahr der "wesentlichen Wende" in der Außenpolitik der Russischen Föderation, als der Präsident selbst und das ihm unterstellte Außenministerium daran gingen, nicht die Berührungspunkte in Russlands Verhältnis mit den USA und Europa zu betonen, sondern die Differenzen aktiver hervorzuheben. Der wichtigste Grund für diese Wende war die Enttäuschung des russischen Präsidenten über die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine Ende 2004, bei denen "ein falscher Kandidat", nämlich Viktor Juschtschenko, gesiegt hat. Die offiziellen russischen Massenmedien haben lange und sehr kritisch die "amerikanisch-europäische Spur" in jener Wahlkampagne besprochen, wobei sie auf die "Schädlichkeit aller farbigen Revolutionen im postsowjetischen Raum" pochten. Zu einer wichtigen Zone der Meinungsdivergenzen wurde gerade der Nahe Osten auserkoren, wohin sich der russische Präsident schon im April 2005 (Ägypten und Israel) begab, um, wie sich herausstellte, die Absicht zu zeigen, "die besonderen Beziehungen mit den traditionellen Partnern unseres Landes in der Region" wiederaufzunehmen, unter welchen man, natürlich, die mit der UdSSR verbündeten radikalen arabischen Regimes zu verstehen hatte.

Dabei wäre jedoch zu korrigieren, dass viele von ihnen ihren einstigen Radikalismus schon lange zu Gunsten einer Transformation (Ägypten) bzw. eines Regimewechsels (Irak) eingebüßt hatten. Aber auch in diesen Ländern ist der Antiamerikanismus immer noch stark, den Moskau, nach allem zu urteilen, ausschlichten möchte. Es kommt nicht von ungefähr, dass Putin damals in Israel nicht sehr gastfreundlich empfangen wurde: Von dem Enthusiasmus, den man ihm Anfang der 2000er Jahre entgegengebracht hatte, war wenig zu spüren. Die nach diesem Besuch begonnene Festigung der militärischen Kooperation Russlands mit Syrien, die spektakuläre Einladung der Führer der extremistischen Palästinenserorganisation Hamas nach Moskau im März 2006, die besondere Position Russlands zum iranischen Nuklearprogramm – dies alles waren sichtbare Anzeichen für ein Erstarken der "selbständigen Rolle" Russlands oder, genauer gesagt, für eine größere Distanzierung Moskaus von Washington und Brüssel.

Dies erinnerte allzu sehr an die sowjetischen Stereotype der Nahostpolitik, obwohl auch unter neuen Verhältnissen: Die russische Führung zeigte das Streben, die sowjetisch geprägte Nahostpolitik (Radikale als Ansprechpartner) mit der Aufgabe zu verknüpfen, die realen positiven Leistungen der letzten Jahrzehnte, nämlich die konstruktiven Beziehungen mit Israel und den moderaten arabischen Regimes, vor allen Dingen arabischen Monarchien des Persischen Golfes, zu erhalten. Gerade darin wurzelt die Dualität der gegenwärtigen Politik Russlands in dieser Region: Setzt man offen auf die Radikalen (Iran, Syrien, Hamas, Hisbolah), läuft man Gefahr, die Beziehungen zum Lager der moderaten Araber und zu Israel aufs Spiel zu setzen. So könnte Russland große Verluste erleiden, selbst wenn sein Wunsch stark ist, die "überseeischen Friedensstifter im Nahen Osten" zu übertrumpfen. Würde man aber die besonderen Beziehungen zu den Radikalen aufgeben, würde man den Selbständigkeitsvorteil, vielleicht aber auch das wichtigste Argument im Verhältnis mit den USA und Europa verspielen. Daher auch die erwähnte Zweigleisigkeit, die wie ein Balanceakt zwischen den rivalisierenden Ländergruppen in der Region wirkt und das Risiko in sich birgt, das Ver-

trauen der beiden Konfliktparteien einzubüßen. Wahrscheinlich erklärt gerade dieser Trend zum Vertrauensverlust die Pläne zur Durchführung einer Nahostkonferenz in Moskau.

Die nahöstlichen Eliten, die nicht an politisch-propagandistischen Manövern, sondern an realen Schritten bei der Suche nach Regelungsvarianten interessiert sind, zeigen im Zusammenhang mit der Idee des Moskauer Forums keine besondere Begeisterung – vor allem weil das Forum, wie sie meinen, ein zu breites Format habe. Die Tatsache allein, dass sich Vertreter der Konfliktparteien "an einem Tisch" versammeln, stellt sie nicht zufrieden, sie würden nämlich konkrete Ergebnisse vorziehen. Es ist zu bedenken, dass eine solche Versammlung zu ernststen Erschütterungen führen könnte – zum Beispiel für die Eliten Syriens und des Libanons, wo die radikalen Araber und die politische Opposition diese Gelegenheit ohne Zweifel nutzen würden, um ihren Regierungen Verrat und Kapitulation vorzuwerfen. So war es nämlich schon immer, selbst als die Verhandlungen mit Israel mit Friedensabkommen endeten, was allein schon die Bemühungen der Verhandlungsteilnehmer rechtfertigte.

Heute aber sind weder die Israelis noch die Syrier, noch die Regierungen von Israel und dem Libanon bereit direkte Verhandlungen aufzunehmen, für deren Erfolg man eine gründliche Vorarbeit benötigt, die man nur hinter den Kulissen leisten kann. Gerade darum bemühen sich übrigens die Amerikaner (direkt oder über die Türkei), die von Zeit zu Zeit Bedingungen für geheime Begegnungen von Vertretern Israels, Syriens und des Libanons schaffen. Durchaus konkrete und begrenzte Ziele verfolgte man auch während der "sektoralen Nahostkonferenzen" in Paris (Dezember 2007) und Berlin (Juni 2008).

Momentan zeigt sich der moderate Palästinenserführer Mahmud Abbas als aktiver Befürworter des Moskauer Forums (allerdings wurde das Niveau dieser Konferenz schon offiziell bis auf die Außenministerebene herabgesetzt). Für ihn böte sie eine wichtige Möglichkeit für die Festigung seiner Führungsstellung in der Autonomie unter den Verhältnissen der Rivalität mit der Hamas. Aber auch seine Ziele sind eher politisch-propagandistischer als konstruktiver Art, es geht ihm kaum um konkrete Ergebnisse im Sinne einer Aussöhnung mit Israel. Die Israelis – sowohl die frühere Regierung Olmert-Livni als auch das jetzige Kabinett Benjamin Netanjahu – würden natürlich gern Abbas in die Hand spielen, jedoch in einem anderen Format, ohne diese Politikrichtung mit den Problemen ihrer Beziehungen mit Syrien und dem Libanon zu vermengen.

Die Rolle eines wichtigen Global Players, der in den Konfliktherden des Nahen Ostens einen Durchbruch herbeiführt, ist gewiss für alle Großmächte sehr attraktiv. Auch Russland, das sein Friedensstifteransehen aufwerten möchte, versucht diese Rolle zu spielen. Das Honorar für eine solche Rolle auf der Bühne der Weltpolitik wird nach dem Augustkrieg in Georgien um ein vielfaches höher sein. Die russische Politik macht dies aber anscheinend, ohne die reale Sachlage in der Nahostregion detailliert zu analysieren. Wie die Geschichte mit der aufgeschobenen Konferenz zeigt, lassen sich die Pläne Moskaus, seine globalen Positionen "über den Nahen Osten" zu stärken, kaum als realistisch werten. Nach allem zu urteilen, werden diese Versuche zu einem falschen Zeitpunkt und wahrscheinlich auch auf eine falsche Art und Weise unternommen. Ein Erfolg würde sich allem Anschein nach erst einstellen, wenn sich die Initiatoren der Konferenz realistische, das heißt, ziemlich eng umrissene Ziele setzen, für deren Erreichung ein Konsens der Global Player – der USA, Russlands und der Europäischen Union – im Nahen Osten notwendig wäre.